

Beschlussvorlage	Vorlagen-Nr.: VO/5690/2017 Status: öffentlich Datum: 03.07.2017								
Dezernat: Fachdienst: Sachbearbeiter/in:	I 20.1 - Haushalts- und Finanzangelegenheiten Aab, Jonas								
Beratungsfolge:									
Gremium Magistrat Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung	<table border="0"> <tr> <td>Zuständigkeit</td><td>Sitzung ist</td></tr> <tr> <td>Kenntnisnahme</td><td>Nichtöffentlich</td></tr> <tr> <td>Kenntnisnahme</td><td>Öffentlich</td></tr> <tr> <td>Kenntnisnahme</td><td>Öffentlich</td></tr> </table>	Zuständigkeit	Sitzung ist	Kenntnisnahme	Nichtöffentlich	Kenntnisnahme	Öffentlich	Kenntnisnahme	Öffentlich
Zuständigkeit	Sitzung ist								
Kenntnisnahme	Nichtöffentlich								
Kenntnisnahme	Öffentlich								
Kenntnisnahme	Öffentlich								

Gewährung einer weiteren außerordentlichen Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock zum Ausgleich von Aufwendungen für Flüchtlinge und Asylsuchende

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

das beiliegende Schreiben des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport für die Gewährung einer weiteren außerordentlichen Zuweisung zu Kenntnis zu nehmen.

Sachverhalt:

Für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden erhält die Stadt Marburg eine nochmalige Zuweisung aus dem Ausgleichsstock in Höhe von 52.150 €.

Einerseits als Anerkennung für die geleistete Unterstützung, anderseits als Kompensation zu einer erst im Folgejahr wirksam werdenden Berücksichtigung der untergebrachten Flüchtlinge/Asylsuchenden bei der Bemessung der Schlüsselzuweisung

Finanzielle Auswirkungen:

+ 52.150 €

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Anlagen:
Schreiben vom 20.06.2017

Der Magistrat
der Universitätsstadt Marburg

29. Juni 2017

Fachdienst Finanzservice

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Postfach 31 67 · D-65021 Wiesbaden

Der Magistrat
der Universitätsstadt Marburg

Eing. 28. Juni 2017

Anlagen
Aktenzeichen

IV 23 – 33 b 09

Magistrat der Universitätsstadt Marburg
Herrn Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies
Markt 1

35037 Marburg

Bearbeiter/in Herr Ostgen, Herr Hardt,
Durchwahl (06 11) 353 1611 (1510)
Fax (06 11) 353 1697
E-Mail Stephan.Ostgen@hmdis.hessen.de
Ihr Zeichen
Ihre Nachricht

Datum 20. Juni 2017

Gewährung einer weiteren außerordentlichen Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock zum Ausgleich von Aufwendungen für Flüchtlinge und Asylsuchende

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

Lieber Thomas,

die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden war für das Land Hessen und die hessischen Kommunen bis in das Jahr 2016 hinein mit einer Vielzahl von Herausforderungen verbunden. Zur Bewältigung dieser Aufgabe hatte das Land Hessen in Ihrer Stadt **eine Erstaufnahmeeinrichtung (EAE)** für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden eröffnet. Für die Unterstützung bei dieser wichtigen Aufgabe möchte ich Ihnen und allen, die daran mitgewirkt haben, nochmals ausdrücklich danken.

Einerseits als Anerkennung für die von den Verantwortlichen Ihrer Stadt geleistete Unterstützung, andererseits als Kompensation zu einer erst im Finanzausgleichsjahr 2017 wirksam werdenden Berücksichtigung der in der EAE untergebrachten Flüchtlinge und Asylsuchenden bei der Bemessung der Schlüsselzuweisungen erhielten Sie mit Bescheid vom 02. März 2016 bereits eine Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock in Höhe von 189.700 €. Bei der Bemessung dieser Zuweisung wurden in der EAE in 2015 untergebrachte Personen zugrunde gelegt.

Auch in der ersten Jahreshälfte 2016 mussten in einigen EAE noch in erheblicher Anzahl Flüchtlinge und Asylsuchende untergebracht werden. Ich habe mich daher dazu entschlossen, den Kommunen mit einer EAE, die mindestens bis zum 31. März 2016 für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden genutzt wurde, eine weitere Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock zu gewähren.

Die Berechnung der Zuweisung basiert auf Basis der errechneten durchschnittlichen monatlichen Belegungszahlen im ersten Halbjahr 2016.

In der EAE in Marburg waren nach den vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration mitgeteilten Belegungszahlen im Zeitraum Januar bis Juni 2016 pro Monat durchschnittlich **149 Personen** untergebracht. Für jede nach der Durchschnittswertermittlung untergebrachte Person wird ein Pauschalbetrag von 350 € zu Grunde gelegt. Für Ihre Stadt errechnet sich danach folgende Gesamtzuweisung:

	Anzahl der berücksichtigten Flüchtlinge	Betrag pro Person	Gesamtbetrag
EAE	149	x 350,- €	52.150 €

Auf der Grundlage dieser Berechnung bewillige ich der Universitätsstadt Marburg eine nochmalige Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock (Kap. 17 24 613 01) in Höhe von

52.150 € .

Der bewilligte Betrag wird Ihnen vom Regierungspräsidium Gießen ausgezahlt.

Über diese Zuweisung hinaus sind aus dem Landesausgleichsstock keine weiteren Zuweisungen für Flüchtlinge und Asylsuchende vorgesehen. Einerseits werden die Kommunen durch zwischenzeitlich teilweise deutlich höhere Bundes- und Landeszuwendungen für die Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden finanziell entlastet. Andererseits werden die sich Ende 2015 in den Kommunen gemeldeten Flüchtlinge und Asylsuchenden als Einwohner bei

der Bemessung der Schlüsselzuweisungen im KFA 2017 berücksichtigt.

Dieser Erlass ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Ministerium der Finanzen.

Dieser Erlass ist gemäß § 50 Abs. 3 HGO vollständig der Stadtverordnetenversammlung bekannt zu geben.

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'B' followed by a series of loops and a final vertical stroke.

Beuth
Staatsminister